

Mehr Sicherheit

Grünen-Bundestagsabgeordneter Voß lobt die geplante Verringerung radioaktiver Abwässer

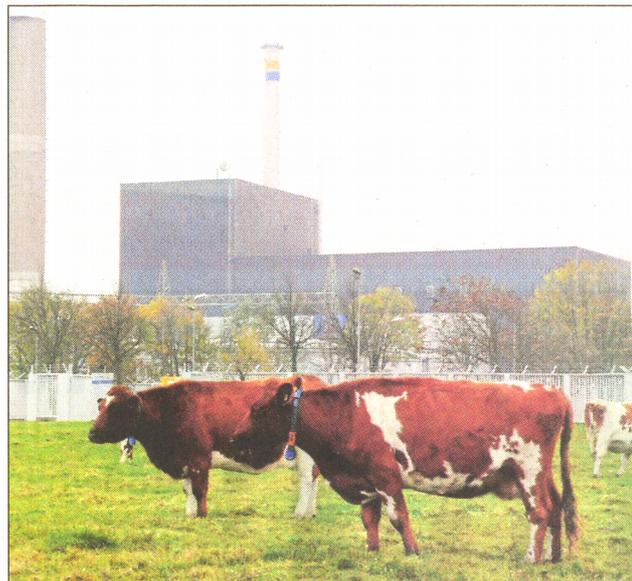
Brunsbüttel (mir) Der Widerstand in Niedersachsen hat sich ausgezahlt: Beim Rückbau des Atomkraftwerkes Brunsbüttel soll weniger radioaktiv belastetes Wasser in die Elbe eingeleitet werden. Grünen-Landtagsabgeordneter Bernd Voß begrüßt „die Reduktion radioaktiver Abwässer“ zum jetzigen Zeitpunkt, noch vor Beginn der umfangreichen Demontagearbeiten. Das würde ein höheres Maß Sicherheit für die Bevölkerung garantieren.

„Der Rückbau ist eine andere Situation als der Betrieb. Die bisher im Verfahren beantragten und möglichen Einleitungen waren der neuen Situation fachlich nicht angemessen“, teilte der energiepolitische Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion gestern mit.

Betreiber Vattenfall will auch während des Rückbaus radioaktive Abwässer in die Elbe pumpen. So ähnlich wie es bereits jetzt im stillgelegten Meiler der Fall ist. Der Energiekonzern hatte deshalb im vergangenen Jahr eine entsprechende Erlaubnis beantragt. Während sich in Brunsbüttel kaum einer an diesem Vorhaben störte, waren die Menschen aus dem niedersächsischen Otterndorf aufgeschreckt worden. In Schleswig-Holstein rührte sich lediglich im Kreis Steinburg ein kleiner Widerstand. Hier ist seit Jahrzehnten Dr. Karsten Hinrichsen vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) aktiv. Er war es auch, der eine Sammeleinwendung gegen den Antrag Vattenfalls initiiert hatte. Der Grund: Der Wert für die zulässigen Ableitungen radioaktiver Stoffe mit dem Wasser sei gegenüber dem Leistungsbetrieb nicht gesenkt worden.

Das hatte Dr. Barbara Meyer-Bukow, Sprecherin der Betreibergesellschaft Vattenfall, bereits im Winter bestätigt: Die beantragte Wassermenge sei genauso hoch wie sie es im Leistungsbetrieb war - 12 000 Kubikmeter Wasser pro Jahr, obwohl kein Kühlwasser mehr anfällt. Als der Atommeiler noch Strom produzierte, wurde Wasser aus der Elbe zur Kühlung verwendet und später wieder in die Elbe geleitet. Warum Vattenfall wieder eine derart hohe Menge beantragt hat, diese Antwort bleibt Meyer Bukow schuldig.

Auch der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) begrüßte das nunmehr erzielte Ergebnis. Andernfalls hätte ein aufwendiger Rechtsstreit gedroht.



Das Atomkraftwerk in Brunsbüttel soll abgerissen werden. Die Genehmigung liegt seit Dezember vor. Foto: Rehder